„Serbien in die Knie zwingen“

Das Massaker von Sarajevo rüttelte die Welt auf, die EG beschloß Sanktionen gegen Serbien. Doch Präsident Milošević schien die Drohgebärden nicht ernst zu nehmen. Die Serben bombardierten weiter. Trotz wachsender Opposition auch im eigenen Land will Milošević seine Eroberungspolitik nicht aufgeben.

Sollen sie nur kommen, die Amerikaner, ihre Köpfe werden rollen“, dröhnte der Redner von den Stufen des Belgrader Parlaments. „Und die Deutschen werden die schlimmsten Prügel ihrer Geschichte beziehen.“ Die Menge johlte.

Wie im Rausch schwenkten knapp 2000 Demonstranten, überwiegend Jugendliche, begeistert die serbischen Fahnen und jubelten ihrem Idol zu:

Radikalenführer Vojislav Šešelj, bei einem Handgranaten-Attentat in Montenegro unlängst leicht verletzt, ließ auf seiner Wahlkundgebung vergangenen Mittwoch keine Zweifel an seinen Zielen aufkommen: Falls Gott ihm zum Sieg verhelfe, werde Serbien zu neuer Macht erblühen – in einem Großreich, in dem es keinen Platz mehr für Kroaten, Albaner, Moslems und andere Verräter geben soll.

Der ethnische Haß, den der Vorsitzende der serbischen Radikalen Partei verkündet, hatte fast zur gleichen Zeit im umkämpften Sarajevo zu einer der entsetzlichsten Tragödien dieses Terrorkriegs geführt.

Nach einem Angriff mit drei Artilleriegranaten auf eine Marktstraße der bosnischen Hauptstadt wälzten sich Dutzende Menschen auf dem Asphalt in ihrem Blut. Sie hatten nur kurz die Luftschutzkeller verlassen, um vor einem Laden für Brot anzustehen. 20 Menschen starben, 160 wurden zum Teil schwer verletzt in die Krankenhäuser eingeliefert.

Szenen aus dem Inferno, vom Fernsehen übertragen, gaben einen grausigen Blick auf die Realitäten dieses Krieges frei – keine 800 Kilometer von München entfernt. Ein alter Mann lehnte hilflos an der Hauswand; über sein Gesicht und seine Hände, in denen er immer noch einen Brotlaib hielt, floß Blut. Eine Frau mit zerschmetterten Beinen streckte den Sanitätern flehend die Hände entgegen. Auf dem Pflaster lagen in Stücke gerissene Leichen; Verletzte, einige mit abgetrennten Gliedern, schrien vor Schmerz. Noch als Rettungsmannschaften die Opfer zu bergen begannen, feuerten Heckenschützen auf die Helfer.

Die todbringenden Geschosse kamen von den Höhen rund um die Stadt – die seit Wochen von serbischen Kämpfern besetzt sind. Dennoch bestritten die Serben jede Verantwortung. Belgrads Außenminister Jovanović („Ein Anschlag auf den Frieden“) forderte gar die Einsetzung einer internationalen Kommission, um die Schuldigen des Massakers vor Gericht zu stellen.

Doch die Welt, obwohl elf Monate durch tägliche Kriegsszenen und Greuel vom Balkan abgestumpft, ließ sich diesmal nicht täuschen. US-Außenamtssprecher Richard Boucher sprach vom „brutalsten Ereignis seit Ende des Zweiten Weltkriegs“. Sein Chef James Baker gelobte, den „menschlichen Alptraum“ mit allen Mitteln zu beenden. Den bereits erfolgten US-Strafaktionen gegen Jugoslawien – Entzug der Landerechte für die Fluglinie JAT und Schließung von drei Konsulaten – sollen, da kamen sich die Mitglieder des Uno-Sicherheitsrates in der Nacht zum Samstag näher, umfassende Wirtschaftssanktionen folgen. Ebenfalls möglich ist militärisches Eingreifen der Vereinten Nationen.

Die EG raffte sich endlich zu einem Handelsembargo gegen Serbien und Montenegro auf – obwohl wieder nur ein Bündel von Halbherzigkeiten zustande kam. Besonders absurd: Spanien, Gastgeber der Olympischen Sommerspiele, weigerte sich, die Sportbeziehungen mit Jugoslawien abzubrechen.

Die Nato deutete erstmals an, daß sie zu einer Intervention bereit sei, wenn die KSZE ihr „friedenserhaltende Aufträge“ erteile. Nato-Generalsekretär Manfred Wörner: „Wir werden uns bei dieser Frage nicht dogmatisch, sondern pragmatisch verhalten.“

„Serbien muß in die Knie gezwungen werden“, forderte Bonns Außenminister Klaus Kinkel, den bisherigen EG-Steuermann Genscher im Jugoslawien-Konflikt an Härte beinahe noch übertreffend. An die EG-Mitglieder im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (Großbritannien, Frankreich und Belgien) schrieb Kinkel einen persönlichen Brief mit der Bitte, sich für umfassende Uno-Sanktionen einzusetzen.

Verletzte Opfer eines Artillerieanschlags

Doch Serbien schien die Drohgesten des Westens noch immer nicht ernst nehmen zu wollen. „Wir haben bis jetzt durchgehalten“, sagte eine junge Lehrerin auf der Belgrader Maršala Tita, „wir werden auch künftig überleben.“

Noch sind in Belgrader Supermärkten die Regale voll und vermitteln die Illusion wirtschaftlicher Stabilität. Doch so manche Ware hat reinen Ausstellungswert. Denn das monatliche Durchschnittseinkommen beträgt umgerechnet nur noch 60 Mark – dafür gibt es gerade fünf Kilo Rindfleisch.

Das Sanktionsgebaren der Europäer hält der Belgrader Wirtschaftsprofessor Zoran Popov für naiv: „Mit diesen Maßnahmen wird das bolschewistische Regime hier nur noch gestärkt. Die Leute ziehen Parallelen zu 1948 – statt gegen Stalin wird jetzt eben gegen Europa und die USA gekämpft.“

auf einer Marktstraße in Sarajevo: „Brutalstes Ereignis seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs"

Gut 70 Prozent der Industriearbeiter, so Popov, sind gleichzeitig Landbesitzer – also Kleinbauern, die sich praktisch selbst versorgen können: „Hunger wird es deshalb nicht geben."

Gleichwohl richtete Belgrad am vorigen Donnerstag einen Krisenstab ein. Er soll die Bevölkerung über „Sofortmaßnahmen informieren, die im Fall einer Totalblockade eingeleitet werden". Der private Autoverkehr würde eingestellt, die Lebensmittelversorgung durch Bezugsscheine sichergestellt werden. Zlatan Perušić, Vorsitzender des Krisenstabs, im Belgrader Fernsehen: „Unser Lebensstandard könnte auf das Niveau Albaniens absacken." Perušić forderte die Bürger zugleich auf, ihre Keller auszuräumen, um auf den totalen Krieg vorbereitet zu sein.

Ein von allen Uno-Mitgliedern getragenes Erdölembargo würde bald auch die meisten Fabriken stillegen. Belgrad hofft, daß genug Hintertüren offenbleiben und wenigstens einige der bisherigen Erdöllieferanten – Rußland, Rumänien und China – bereit wären, den Boykott zu durchbrechen.

Schnell wäre Serbien von außen gewiß nicht zum Einlenken zu bewegen. Aber weder Brüssel noch Washington schienen Ende voriger Woche gewillt, sich nochmals von Serbenführer Slobodan Milošević hinhalten zu lassen – obwohl der „Balkan-Saddam" (Baker) wie gewohnt versuchte, mit kleinen Zugeständnissen die Front seiner Gegner aufzuweichen. Serbien versprach, den Flughafen der geschundenen Stadt Sarajevo für Hilfsflüge freizugeben. Erstmals wurde überdies die Führung der Albaner aus dem Kosovo zu Gesprächen nach Belgrad eingeladen.

Doch in Bosnien tobte der Bürgerkrieg in unverminderter Härte weiter, ließen Einheiten der Bundesarmee und serbische Freischärler einen neuerlichen Bombenhagel auf Sarajevo niedergehen – zum erstenmal auch mit Boden-Boden-Raketen. Fast schien es, als würden die Serben nun erst recht die Entscheidungsschlacht suchen. Auch die Altstadt von Dubrovnik geriet wieder unter Beschuß.

Mit der Fortsetzung der Offensive sollen die Grenzen der ethnischen Territorien neu abgesteckt, Angehörige anderer Bevölkerungsgruppen systematisch zur Massenflucht getrieben werden. Danach hoffen die Serben, ihren Landgewinn vorläufig durch ein Uno-Protektorat legalisieren zu können, um später wenigstens die Hälfte von Bosnien-Herzegowina ihrem neuen Jugoslawien zuzuschlagen.

Allerdings gerät Serbenführer Milošević nun auch an der Heimatfront zunehmend unter Druck. In Belgrad nehmen die Zweifel am langfristigen Nutzen dieser Eroberungspolitik zu.

Serbische Intellektuelle, unter ihnen der bekannte Schriftsteller Matija Bečković und der Maler Mića Popović, die noch vor kurzem zum politischen Hofstaat Miloševićs zählten, opponieren nunmehr vereint gegen das Regime. Ihre neu gegründete Demokratische Bewegung fordert die sofortige Bildung einer „Regierung der nationalen Rettung".

Erstmals seit 1943 wandte sich auch die orthodoxe Kirche mit einem Memorandum an das Volk. Die Metropoliten distanzieren sich vom Milošević-Regime, „dessen Hauptopfer das serbische Volk ist". „Laßt nicht zu, daß ausländische Bomber uns von unseren Leichen befreien müssen", rief Oppositionsführer Vuk Drašković ebenfalls zum Widerstand auf, „laßt uns die stinkenden kom-

„Nur Verlierer“

Interview mit Serbiens Außenminister Vladislav Jovanović

SPIEGEL: Wer auch immer für das Massaker in Sarajevo verantwortlich war – für die Welt ist Serbien der Hauptschuldige. Fürchten Sie jetzt die Wirkung von Sanktionen?

JOVANOVIĆ: Dieses teuflische Massaker kann niemals Serbien oder Jugoslawien zugeschrieben werden, auch nicht dem serbischen Volk. Das wäre verrückt. Wenn schon, dann war diese Tragödie eher im Interesse der Moslems, die ja sagen, nur ein Sieg bringe ihnen Frieden. Diesen Sieg könnte aber nur eine internationale Militärintervention sicherstellen. Deshalb schließe ich nicht aus, daß dies ein bestellter Anschlag war.

SPIEGEL: Bestreiten Sie, daß Serbien den Krieg in Bosnien provoziert hat?

JOVANOVIĆ: Die Ursachen für diesen Krieg liegen in Bosnien, wo alle drei Volksgruppen einander bekämpfen. Wir haben immer davor gewarnt, daß es in diesem Konflikt keine Gewinner, sondern nur Verlierer geben wird.

SPIEGEL: Es ist kein Geheimnis, daß Freischärler aus Serbien an den Kämpfen in Bosnien beteiligt sind.

JOVANOVIĆ: Freiwillige aus Serbien, überwiegend Verwandte der in Bosnien lebenden Serben, kämpfen mit ihren Brüdern. Das hat die andere Seite nicht anders gemacht. Für die Kroaten und Moslems kämpfen Fremdenlegionäre aus aller Welt. Der bosnische Präsident Izetbegović boxte die neue Verfassung im Parlament mit den Stimmen der moslemisch-kroatischen Mehrheit durch. Danach fürchteten die Serben, zur nationalen Minderheit degradiert zu werden. Als dann die EG auch noch Bosniens Unabhängigkeit anerkannte, obwohl die Gespräche über die künftige Staatsform noch nicht abgeschlossen waren, lief das Faß über.

SPIEGEL: Welche Staatsform würden die Serben denn akzeptieren?

JOVANOVIĆ: Die beste Lösung wären Kantone oder ein konföderativer Staat gemäß dem Willen seiner Volksgruppen.

SPIEGEL: Mit 70 Prozent des Territoriums für die Serben, wie es der bosnische Serbenführer Radovan Karadžić gefordert hat?

JOVANOVIĆ: Karadžić ist flexibel. In der ethnischen Aufgliederung, die die EG vorbereitete, wird den Serben bereits die Hälfte des Territoriums zuerkannt.

SPIEGEL: Mittlerweile übertreffen die USA mit ihrer Kritik an Serbien sogar Deutschland. Wie erklären Sie sich diesen Sinneswandel?

JOVANOVIĆ: Das war eine unangenehme Überraschung für uns. Amerika ist im Wahljahr. Es schuldet der islamischen Gemeinschaft seit dem Golfkrieg ein gewisses Entgegenkommen. Überdies bereiten sich die Amerikaner auf einen Krieg gegen Libyen vor und versuchen eine Balance, indem sie sich gleichzeitig als Beschützer der bosnischen Moslems aufspielen – auf Kosten des serbischen Volks in Bosnien.

Jovanović

SPIEGEL: Halten Sie eine von der Uno gebilligte militärische Intervention für möglich?

JOVANOVIĆ: Es ist alles mögliche in Vorbereitung. Vielleicht ist der gewaltsame Sturz der Regierung in Belgrad geplant. Ich habe sichere Informationen, daß das Ausland ein Marionettenregime einsetzen will.

SPIEGEL: Das sind doch paranoide Einbildungen.

JOVANOVIĆ: Ginge es Europa und den USA nur um den Frieden in Bosnien, wären weder Intervention noch Sanktionen nötig, sondern nur ernsthaftere Analysen der Situation. Die Isolation Serbiens und Jugoslawiens kann keine Vorteile bringen.

SPIEGEL: Wäre die jugoslawische Tragödie nicht zu verhindern gewesen, wenn Serbien der von Slowenien und Kroatien 1990 vorgeschlagenen Konföderation zugestimmt hätte?

JOVANOVIĆ: Hinterher ist jeder klüger. Aber Kroatien und Slowenien hätten die Konföderation nur als Übergangslösung benutzt, um sich nach ein paar Jahren doch abzutrennen.

munistischen Leichen selbst in die Mülltonnen kippen.“

Sogar eine Palastrevolte gegen Milošević schien nicht mehr ausgeschlossen. Sein Rücktritt könnte Serbiens politisches Image aufhellen. Als Stimmungsbarometer galten die für vergangenen Sonntag angesetzten Wahlen zum neuen jugoslawischen Bundesparlament. Die größten Oppositionsparteien hatten zum Boykott aufgerufen.

Der umstrittene Serben-Führer, der sich während der letzten Wochen in der Öffentlichkeit kaum zeigte, präsentierte sich gleichwohl überheblicher denn je. Er habe überhaupt keine Veranlassung, auf die Forderungen Europas einzugehen, wies Milošević im Belgrader Fernsehen jede Kritik an seinem Kurs zurück. Außerdem verstehe er die Anfeindungen gegen sein Land gar nicht: „Serbien ist doch nur an Frieden und Prosperität interessiert.“

Israel

Mörderischer Haß

Palästinensische wie jüdische Fanatiker betreiben vor den Parlamentswahlen die Eskalation der Gewalt.

Die jüdischen Siedler waren auf Vergeltung aus. Rund 200 Männer fielen in das Palästinenserdorf Deir el-Balah ein, stürzten Autos und Pferdewagen um, brannten ein Weizenfeld nieder. Als die Siedler versuchten, den Zaun der Grundschule mit einem Traktor einzureißen, wurden sie von Polizei und Armee gestoppt. „Tod den Arabern“, rief die Menge aufgebracht, „wann endlich werden wir zurückschlagen?“

Der von Israel besetzte Gazastreifen am vergangenen Donnerstag: Über Deir el-Balah stehen Rauchwolken, Sirenen heulen, vergitterte Mannschaftswagen und Fahrzeuge des Geheimdienstes blockieren die Straße zwischen dem palästinensischen Dorf und der mit Stacheldraht bewehrten israelischen Enklave Kfar Darom.

Kurz zuvor war hier der Rabbi Schimon Biran, 32, auf dem Weg in die religiöse Schule „Tora und Land“ von einem jungen Araber erstochen worden. In den Taschen des 19jährigen Attentäters befand sich ein Zettel: „Jeder Araber muß einen Juden töten.“

Es war der dritte Mordanschlag auf Juden im Gazastreifen seit Beginn des Jahres.

Vier Tage zuvor hatte ein Palästinenser eine 15jährige Schülerin in Bat Jam,